

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.338.577

Wien, am 8. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Harald Schuh hat am 8. April 2026 unter der Nr. **5718/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Aberkennungsverfahren 2025“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

- *Warum können Sie den jährlichen Schaden durch Sozialleistungsbetrug nennen, den Asylwerber anrichten – nicht jedoch jenen der Asylberechtigten?*
- *Wie viele Asylberechtigte wurden im Jahr 2025 von der Task Force „SOLBE“ des Sozialleistungsbetrugs überführt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Nationalität und Schadenssumme)*
- *Wie viele Subsidiär Schutzberechtigte wurden im Jahr 2025 von der Task Force „SOLBE“ des Sozialleistungsbetrugs überführt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Nationalität und Schadenssumme)*
- *Wie viele Personen mit humanitärem Bleiberecht wurden im Jahr 2025 von der Task Force „SOLBE“ des Sozialleistungsbetrugs überführt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Nationalität und Schadenssumme)*

Entsprechende Statistiken, wie viele Asylberechtigte, subsidiäre Schutzberechtigte und Personen mit humanitären Bleiberecht im Jahr 2025 von der Task Force „SOLBE“ des Sozialleistungsbetrugs überführt wurden, werden nicht geführt.

Asylberechtigte, subsidiäre Schutzberechtigte und Personen mit humanitären Bleiberecht werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht als jeweils eigene Kategorie ausgewiesen. Es werden keine differenzierten fremdenrechtlichen Definitionen verwendet, sondern sozioökonomische Merkmale berücksichtigt. „Asylwerber“ werden als eigenständige Kategorie geführt, weil sich aus einem laufenden Asylverfahren der fremdenrechtliche Status eindeutig ablesen lässt.

Asylberechtigte, subsidiäre Schutzberechtigte und Personen mit humanitären Bleiberecht werden daher, je nach tatsächlicher Lebenssituation, bewusst anderen Kategorien zugeordnet, weil sie sich rechtmäßig in Österreich aufhalten. Sie können zum Beispiel unter „Erwerbstätig“, „In Ausbildung“ oder unter „Nicht erwerbstätig sowie in Österreich sozialversichert“, fallen.

Durch dieses Vorgehen soll gewährleistet werden, dass Tatverdächtige oder Opfer aufgrund ihrer Lebenssituation eindeutig einer einzelnen Kategorie zugeordnet werden können. Die so über fremde Tatverdächtige und Opfer erhobene Information kann in weiterer Folge im Bereich der strategischen polizeilichen Analyse und Prävention verwendet werden. Der Aufenthaltsstatus von österreichischen Tatverdächtigen und Opfern wird nicht erfasst.

Zur Frage 5:

- *Wie viele Asylwerber wurden im Jahr 2025 von der Task Force „SOLBE“ des Sozialleistungsbetrugs überführt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Nationalität und Schadenssumme)*

Anzahl der Tatverdächtigen, Geschlecht männlich/weiblich/inter/divers/offen/keine Angabe, Aufenthaltsstatus "Asylwerber"		
Nationalität	Anzahl der Tatverdächtigen	Schadenssumme
Afghanistan	73	62.173,1
Ägypten	1	2.535,0
Algerien	4	346.648,3
Armenien	11	51.344,8
Bangladesch	2	0,0
Georgien	4	3.223,4

Irak	22	102.380,3
Iran	10	42.513,7
Israel	1	54,8
Jordanien	1	346.648,3
Kamerun	1	2.589,1
Kolumbien	1	1.256,8
Kongo - Demokratische Republik	1	14.772,7
Kosovo	5	1.456,0
Libanon	5	0,0
Marokko	3	4.875,3
Moldau	1	3.000,0
Nigeria	3	3.076,9
Pakistan	2	1.909,4
Russische Föderation	10	9.530,3
Somalia	27	9.422,8
Staatenlos	10	91.696,7
Sudan	1	0,0
Syrien	191	509.728,4
Türkei	5	15.110,9
Ukraine	298	224.695,7
Ungeklärte Staatsangehörigkeit	18	13.052,1
Gesamt	711	1.500.433,0

Zu den Fragen 6 bis 8:

- *Wie oft wurde 2025 ein Aberkennungsverfahren eingeleitet?*
- *Wie oft wurde 2025 der aufrechte Asylstatus von Asylberechtigten aberkannt?*
 - a. *Wie viele davon wurden bis zum Stichtag der Anfrage abgeschoben?*
 - b. *Wie viele davon sind zum Stichtag der Anfrage weiterhin in Österreich aufhältig?*
- *Wie oft wurde der aufrechte Asylstatus von Asylberechtigten 2025 wegen festgestelltem Sozialleistungsbetrug aberkannt?*

Es darf diesbezüglich auf die öffentliche Detail-Statistik - Kennzahlen BFA Jahr 2025 auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres verwiesen werden.

Darüberhinausgehende Statistiken werden nicht geführt.

Zur Frage 9:

- *Wie oft wurden 2025 Antragsteller vom Asylverfahren ausgeschlossen?*
 - a. *Wie viele davon wurden bis zum Stichtag der Anfrage abgeschoben?*
 - b. *Wie viele davon sind zum Stichtag der Anfrage weiterhin in Österreich aufhältig?*
 - c. *Wie oft wurden Antragsteller vom Asylverfahren wegen festgestellten Sozialleistungsbetrug ausgeschlossen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr für 2020 bis 2024)*

Es darf auf die Beantwortung der Frage 8 der parlamentarischen Anfrage Nr. 4374/J vom 19. Dezember 2025 (3870/AB XXVIII. GP) verwiesen werden.

Zur Frage 10:

- *Über welche Daten verfügt Ihr Ministerium, die die konkrete Anzahl von Asylberechtigten in Österreich zu einem bestimmten Datum bzw. Zeitrahmen bestimmt bzw. schätzt?*
 - a. *Welche Quellen werden dafür herangezogen?*
 - b. *Wie lautet die Anzahl der Asylberechtigten in Österreich laut Ihrer aktuellsten Schätzung bzw. Festlegung? (Bitte um Aufschlüsselung nach Staatsbürgerschaft der Asylberechtigten, Datum des Stichtags bzw. des Zeitrahmens sowie Quelle der Daten)*

Personen, denen der Status „Asylberechtigter“ zuerkannt wurde, dürfen sich aufgrund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen frei bewegen. Aus diesem Grund kann nicht gesagt werden, wie viele Asylberechtigte sich zu einem bestimmten Stichtag in Österreich aufhalten, zumal diese nur während der ersten vier Monate nach Asylgewährung im Falle von Unterstützungswürdigkeit in der Grundversorgung sind und darüber hinaus keine weitere Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres vorliegt.

Hinsichtlich der Anzahl der Asylentscheidungen darf auf die öffentliche Asyl-Statistik 2025 auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres verwiesen werden.

Darüber hinaus unterliegen Meinungen und Einschätzungen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Zur Frage 11:

- *Besteht aktuell eine technische Möglichkeit, beispielsweise über das ZMR oder ZPR, die in Österreich gemeldeten Asylberechtigten festzustellen?*

- a. Falls ja, wie lautet die Zahl der Asylberechtigten in Österreich zum Stichtag der Anfrage? (Bitte um Aufschlüsselung nach Staatsbürgerschaft)
- b. Falls nein, warum nicht?
- c. Falls nein, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dies rasch sicherstellen zu können?

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zur Frage 12:

- *Wie werden budgetäre Maßnahme in Bezug auf Asylberechtigte geplant, wenn die konkrete Anzahl von Asylberechtigten nicht bekannt ist?*

Meinungen und Einschätzungen unterliegen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Zu den Fragen 13 und 14:

- *Warum nehmen Sie nicht die sogenannte Notfallklausel in Art. 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU als Begründung, um einen generellen Asylstopp zu erwirken?*
- *Werden Sie Anstrengungen auf bundes- und unionsrechtlicher Ebene unternehmen, damit ein genereller Asylstopp für Österreich ermöglicht wird?*
 - a. *Falls ja, wie konkret, wann und wodurch?*
 - b. *Falls nein, warum nicht?*

Zur angeführten Schutzklausel des Art. 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darf auf die bereits eingeführten Regelungen des § 36 ff Asylgesetz 2005, die bei Vorliegen bestimmter schwerwiegender Gründe, Sonderbestimmungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Schutzes der inneren Sicherheit während der Durchführung von Grenzkontrollen vorsehen, verwiesen werden.

Des Weiteren unterliegen Meinungen und Einschätzungen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Zur Frage 15:

- *Finden Sie es legitim bzw. gerechtfertigt, dass Personen aus mehreren hundert Kilometer entfernten Drittstaaten entgegen der Dublin-III-Verordnung (604/2013) in Österreich zum Asylverfahren zugelassen werden?*
 - a. Falls ja, warum?
 - b. Falls nein, was unternehmen Sie dagegen?

c. Falls nein, was unternahmen Sie bisher dagegen?

Meinungen und Einschätzungen unterliegen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Gerhard Karner

